

Danziger Zeitung



Nr. 19031.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Aetherhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslands angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gelappten gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1891.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Bochum, 1. August. (W. Z.) Der Strafaufschub, welcher dem Redacteur Tinsangel bis zum 1. September gewährt war, ist ihm jetzt entzogen. Er hat die Aufforderung erhalten, die vierwöchige Gefängnisstrafe morgen anzutreten.

Moskau, 1. August. (W. Z.) Der König von Serbien wohnte gestern in Begleitung des Großfürsten und der Großfürstin der Truppenrevue bei, später fand ein Feuerwerk statt. Vorgestern besuchte der König das Dreifaltigkeitskloster. Nach der Rückkehr fand ein Diner im Kreise zu Ehren des Königs statt. Der Großfürst Sergius besuchte den serbischen Minister Ristic.

Politische Uebersicht.

Danzig, 1. August.
Schlechter Trost.

Die „Conserv. Corresp.“ hatte bekanntlich vor kurzem auf die großen Differenzen der Kornpreise zwischen den einzelnen Orten, z. B. Danzig und Ghanau, hingewiesen und damit die Gründe gegen die Kornzölle abgeschwächt. Von der liberalen Presse war ihr darauf ihre Unkenntnis in den einfachsten volkswirtschaftlichen Fragen nachgewiesen. Da der Unterschied der Preise z. B. in Ghanau und Danzig sich durch die Transportkosten und durch die verschiedenen Qualitäten erklärt. Was antwortet die „Conserv. Corresp.“ darauf? „Unmöglich“ lassen sich die Preisdifferenzen dadurch erklären. Weshalb nicht, sagt sie natürlich nicht — kann sie auch nicht sagen. Statt dessen schweift sie vom Thema ab und meint mit den „Hamb. Nachr.“ und ihrem bekannten Protector: nun, hohe Kornpreise sind an sich für den Arbeiter noch kein Uebel, wenn er sie nur bezahlen kann. Freilich sind im laufenden Jahre die Lebensmittelpreise gesiegen; aber wer dafür die Zollgehebelung verantwortl. macht, übersieht neben vielen anderen, daß dieselbe den Arbeitern und Consumenten die Mittel zum Bestehen auch bei höheren Preisen genährt hat durch Erhöhung der Prosperität der heimischen Produktion; der Zusammenhang zwischen Verdiensterhöhung und der Politik des Schutzes der nationalen Arbeit ist unbestreitbar. Wenn jetzt die Masse der Bevölkerung trotz hoher Lebensmittelpreise über der Grenze der Daseinsfristung zu bleiben, oder den sogenannten Nothstand zu ertragen vermag, so sollte das zu denken geben. Früher haben Theuerungen anders gewirkt.

Wir glauben nicht, daß die Arbeiter mit diesem Trost sich werden zufrieden stellen lassen. Sollte die „Cons. Corresp.“ wirklich den Nachweis zu führen unternehmen, daß die Wirtschaftspolitik unserer Arbeiter eine solche Besserung ihrer Lage und Löhne gebracht habe, daß sie die hohen Lebensmittelpreise zahlen können und gern zahlen? Das wäre ein hühes Unternehmen.

Der Wagenmangel auf den Eisenbahnen.

Vor kurzem hatte der neue Minister der öffentlichen Arbeiten Vertreter des niederrheinisch-westfälischen Steinhohlenbergbaues nach Berlin eingeladen, um mit ihnen zu berathschlagen, wie dem Wagenmangel, der in der letzten Zeit fast in jedem Herbst sich in empfindlicher Weise bemerkbar gemacht hat, vorgebeugt werden könnte. Der Vorgänger des jetzigen Ministers hat, soweit wir uns entsinnen können, einen solchen Schritt nicht unternommen; er war viel zu sehr davon überzeugt, daß er und seine Beamten schon das Richtige allein anordnen könnten. Es wurde deshalb in jedem Sommer eine Aufforderung an die bei den Kohlentransporten Beteiligte erlassen, des Inhalts, daß sie schon jetzt die Kohlen beziehen möchten, die sie im Winter voraussichtlich gebrauchen würden; es wurden auch neue Rangirbahnhöfe angelegt, welche die Zusammenstellung und Abfahrt der Züge beschleunigen sollten, und einige andere Betriebsrichtungen, die an sich ganz gut und zweckmäßig sein mochten, getroffen, alljährlich wurde die Ent- und Beibehaltung während einiger Wochen vermindert, zuletzt schritt man auch zu einer beträchtlichen Vermehrung des Wagenparks, nachdem man jahrelang in dieser Hinsicht einer zu weit getriebenen Sparjamkeit gehuldigt und statt den Bedürfnissen des Verkehrs durch rechtzeitige Bestellung neuer Wagen möglichst zu entsprechen, sich mehrfach mit entliehenen Wagen zu helfen versucht hatte; alle Maßregeln, welche Herr v. Maybach traf — zu ihnen gehörte zuletzt auch noch die Erhöhung der Tragfähigkeit der Wagen — konnten den Wagenmangel nicht unterdrücken. Herr Thielen, welcher aus seiner früheren langjährigen Thätigkeit bei der rheinischen Eisenbahngesellschaft heraus die Verhältnisse in den Kohlen-districten genau kennt, hat es versucht, sich mit Vertretern der Montanindustrie auszusprechen und mit ihnen gemeinsam Mittel und Wege zu suchen, auf denen der gefährdete Wagenmangel beseitigt werden könnte. Dieses Verhalten des neuen Ministers wird allgemein Billigung finden, auch wenn es nicht unmittelbar zu einer Verständigung geführt hat. Herr Thielen hat in der Conferenz einen Plan entwickelt, der in weiteren Kreisen noch nicht mit der Deutlichkeit bekannt geworden ist, welche eine volle Beurtheilung desselben gestattet. So weit aus den Andeutungen einiger Blätter zu schließen ist, wünscht Herr Thielen, daß wenigstens in Zeiten stärkeren Verkehrs die großen Kohlensendungen nach Hafenplätzen oder auch nach in- oder ausländischen Hauptabzweigen an bestimmten Tagen und in bestimmter geordneter Zügen befördert werden, indem er sich hieraus eine Verminderung

der Rangirleistungen der Eisenbahnen und zugleich eine Beschleunigung der Beförderung verspricht. Wie weit diese Hoffnung in Erfüllung gehen würde, läßt sich im Voraus schwer ermessen. Die Vertreter der Kohlenindustrie haben viele Einwendungen gegen dies Project gehabt, so viele sogar, daß sie glauben, es könne gar nicht mehr in Betracht kommen. Man kann sich ungefähr denken, worauf diese Einwendungen lauten. Nach dem Plane des Ministers würden die Kohlensendungen nach einem festen Fahrplan derart zu befördern sein, daß z. B. der Kohlenverkehr aus dem Ruhrgebiet an einem Tage der Woche nur nach Osten oder Westen, an einem anderen nur nach Norden oder Süden zu leiten wäre. In die Kohlenzüge sollten nun die Zechen ihre Wagen selbst einreihen. So weit man sich nach diesen Andeutungen ein Bild konstruiren kann, von dem, was der Minister beabsichtigt, kann man auch einige der Bedenken vermuthen, welche die Industriellen gegen das Project erhoben haben. Sie werden nicht mit Unrecht ausgeführt haben, daß nicht jede Zechen in der Lage sei, täglich Kohlen gerade nach den Richtungen zum Versand bringen zu können, welche die Kohlenzüge fahren und daß deshalb voraussichtlich sehr viele Kohlen auf die Halde gestürzt werden müßten. Der Minister sieht sich veranlaßt, die Vertreter des Bergbaues zu eruchen, die Grubenvorstellungen darauf hinzuwirken, daß sie das Ladegewicht der Wagen mit erhöhter Tragfähigkeit völlig ausnützen möchten, was bisher nicht geschehen ist. Auffallend muß dies erscheinen mit Rücksicht darauf, daß mit der Erhöhung der Tragfähigkeit der Wagen gerade dringenden Wünschen der westfälischen Kohlenindustrie entsprochen worden ist. Darauf erwidert ein die Interessen der Grubenbesitzer vertretendes Blatt in den westlichen Provinzen, daß die Drehscheiben und Schippsvorrichtungen zu klein seien für die neugebauten Wagen mit der erhöhten Tragfähigkeit. Man kann dies nur schwer glauben, doch würde eine Aufklärung sehr angezeigt sein. Das bezeichnete Blatt vertritt sich eine Befestigung des Wagenmangels nur von einem vollkommenen Um- und Ausbau der Gleisestrecken im Kohlenrevier, d. h. von der Verwendung vieler Hundert Millionen. Wir bezweifeln sehr, daß auch dann die Einrichtungen längere Zeit genügen würden und können die Befürchtung nicht zurückdrängen, daß eine staatliche Verwaltung der Eisenbahnen immer unzulänglich sein wird gegenüber den Erfordernissen des Verkehrs. Gätte man rechtzeitig daran gedacht, Wasserstrassen zu bauen, so würde die Beförderung der Consumenten mit Kohlen sich viel leichter bewerkstelligen lassen.

Der neue russische Zolltarif.

Der neue Zolltarif, welcher seit zwei Jahren in Arbeit war und am 1./13. Juli in Kraft getreten ist, hat vielfältige Uebersetzungen gebracht. In landwirtschaftlichen Kreisen — so schreibt man dem „Hamb. Corresp.“ aus Warschau — ist der Eindruck des neuen Tarifs ein höchst depressirender, denn sehr wesentliche Interessen werden durch denselben geschädigt. So waren z. B. bis zur Einführung des neuen Tarifs alle künstlichen Düngstoffe, wie gemahlene rothe Knochen, Phosphate, Thomas-Schlacken, Superphosphate etc. zollfrei, während dieselben nunmehr einen Zoll von zwei bis zwölf Ropken in Gold pro Pud Bruttogewicht zu entrichten haben. Nun sind aber die im Lande bestehenden Fabriken, welche sich mit der Erzeugung künstlicher Düngstoffe befassen, in so geringer Zahl vorhanden, und die Menge der erzeugten Stoffe im Vergleich zum Bedürfnis ist so klein, daß eine Einfuhr derselben für einen nationalen landwirtschaftlichen Betrieb zur Nothwendigkeit wird. In kaufmännischen Kreisen constatirt man, daß eine kleinere Anzahl von Artikeln, als man ursprünglich angenommen hatte, eine wesentliche Zollerschöpfung erfahren hat, und da man weiß, daß der Finanzminister Wschnegradsky weit umfangreichere Erhöhungen in Aussicht genommen hatte, so erscheint der gegenwärtige Tarif als ein neues Anzeichen dafür, daß der ehemals so mächtige Beamte erhebliche Einbuße an Einfluß erlitten haben muß. An einigen Stellen will man es auch diesem Umstande zuschreiben, daß Herr v. Wschnegradsky augenblicklich ganz davon Abstand genommen hat, den mit jedem Tage bedenklicher werdenden Rückgang des Rubel-Coursets aufzuhalten. Dieser dürfte zwar in erster Linie durch den Rückgang der Exportfähigkeit Russlands herbeigeführt sein — denn die Entenachrichten, wenn dieselben auch — so schreibt der Warschauer Correspondent nach Hamburg — keineswegs so trostlos sind, wie man sie von interessirter Seite darstellt, geben deutlich zu erkennen, daß es Rußland in diesem Jahre nicht möglich sein wird, so viel Getreide auszuführen, wie in den letzten Jahren — aber es kann nicht bezweifelt werden, daß auch politische Befürchtungen auf denselben drücken, namentlich beunruhigende Nachrichten aus den transkaspischen Regionen, die zwar bisher wenig Thatsächliches enthalten, aber deren stete Wiederholung in besonnenen Kreisen Zeugnis dafür ablegen, daß man dieselben nur mit Unrecht als gänzlich unbegründet bezeichnen könnte.

Die Denkwürdigkeiten des Grafen v. Roon.

Die „Deutsche Revue“ bringt im Augustheft als Fortsetzung ihrer früheren Mittheilungen „Aus dem Leben des Grafen v. Roon“ die letzte Serie von Feldpostbriefen aus dem französischen Kriege, welche die Zeit von Anfang December 1870 bis zum Friedensschlusse umfassen. Der Unmuth Roons über die Verzögerung des Bombardements von Paris steigt von Tag zu Tag. Roon hatte bei

dem Militär-Vortrage am 2. December seine Ansicht über die unverzeihliche und verderbliche Verschleppung jener Maßregel sehr deutlich ausgesprochen, hatte aber noch nicht obliegen können in seinem Kampfe gegen „jene von sentimentalischen Damen ausgehenden ganz unbedingten Einflüsse“, deren Verantwortlichkeit zwar anerkannt, die Gegenwirkung aber dennoch verweigert wird.“ Roon schrieb am 18. Decbr. an seine Frau: „Du irrst in deinem Briefe (vom 4. d.) wenn du an nimmst, es hätte jemand gesagt, mir gegenüber auszusprechen, daß ich die Schuld an gewissen nichtswürdigen Verzögerungen (des Bombardements) trage; doch haben die Schuldigen sich in einer Weise zu entschuldigen versucht, daß es dunkel blieb, ob ich nicht etwa der Säumige sei, wogegen ich mich, natürlich nicht ohne Aerger, allerdings sehr energisch vermahnt habe. Nun endlich, als sich die Unmöglichkeit ergeben, aus mir einen Sündenbock zu machen, ist man auf meine Vorschläge — freilich acht Wochen zu spät — eingegangen und hat die Wegräumung der vermeintlichen und selbst gemachten Hindernisse so ziemlich in meine Hand gelegt, so daß nun bloß noch eine absehbare Frist bis zum Beginn der Befestigung verstreichen wird. Mögen diejenigen es verantworten, die uns diesen Schaden zugefügt haben; mich trifft es nicht!“

Inzwischen traten andere Ereignisse ein, die Roon ebenfalls Aergerlich gaben. Er schreibt: „Jetzt ist die Ankunft der Kaiser-Deputation Tagesgespräch. Ob ich dieser Titel-Vermehrung jubele? Ach nein! Ich glaube indessen, daß sie eine unvermeidliche Consequenz unserer seit Jahren getriebenen Politik war, und daß man sich darüber jetzt weder zu wundern noch zu beklagen hat. Wie 1866 den bekannten Ausgang genommen und den Norddeutschen Bund ins Leben gerufen hat, mußte — da der ebenso ungesagte Krieg von 1870 den bisher so überaus glorreichen Verlauf genommen hat — das „deutsche Reich“ und der „deutsche Kaiser“ an Stelle jenes Bundes und Bundesfürstentums treten.“

Im Januar 1871 erkrankte Roon, und diese Krankheit verhinderte ihn auch, an der Feier der Kaiserproclamation am 18. Januar theilzunehmen. Am 6. Februar spricht er zu Moritz v. Blankenburg, der ähnlich dachte, seine Stellung zu der neuen Situation wie folgt aus:

„Soweit wären wir also! Die große Tragödie geht zu Ende, die Katastrophe ist vorüber und der Vorhang wird nächsten fallen. Und das soll das letzte Stück sein, in dem ich mitspiele. Mag ein anderer Acteur meine Rolle übernehmen; ein alter Act wird ich kann sich auch nur schwer in dem neu auf, aber noch nicht ausgebauten kaiserlichen Schauspielhause zurecht finden, in welchem Decorationen, Bühne, Stichworte, Licht, Luft u. s. w. dem bisher Gewohnten und erträglich Befundenen widersprechen. Denn die National- und sonstigen Liberalen haben ganz Recht, daß mit dem nun zu Ende gehenden Kampfe und dem errungenen Siege eine „neue Aera“ — wie sie es nennen — „freierlicher Entwicklung“ anheben muß, in welcher die alten Fajnen und Schlagworte nichts mehr bedeuten als eine historische Reminiscenz. Ich vermissen den Boden, auf dem eine conservative Partei der Zukunft stehen könnte, nachdem die bisherigen Vorkämpfer derselben wissend oder unwissend mit Blut und Leben dahin gewirkt haben, die alten Heiligthümer zu zerstören und einen neuen Tempel zu bauen, dessen Oberpriester selbst den alten Cultus aufzuopfern trachtet, um neuen Gottheiten Altäre zu bauen. . . . Mit dem Haupt-Regisseur der neuesten Aera bin ich daher vielfach grundtätlich nicht im Einverständnis, aber dennoch ebenso wenig in Uneinigkeit oder Zaber.“

Bei Beurtheilung dieser Briefe — bemerkt der parlamentarische Correspondent der „Br. Zig.“ — muß man sich gegenwärtig halten, daß der Graf über denselben als ein mürrischer, unzufriedener Charakter von der Natur geschaffen war. Welchen Verlauf die Dinge auch genommen hätten, man würde von ihm aufrichtig freudige Laute wohl nie vernommen haben. Seine Unzufriedenheit über die Verzögerung des Bombardements von Paris, weil dadurch die Uebergabe der Stadt und der Abschluß des Friedens verzögert worden sei, war unbegründet. Gerade die Bombardements von Paris und Straßburg haben gezeigt, daß eine solche Maßregel auf die Entschlüsse ihrer Verteidiger völlig einflußlos ist. Eine pflichtmäßig verteidigte Stadt ergiebt sich, wenn entweder ihre Wälle zerstört sind — wie Straßburg — oder ihre Lebensmittel aufgebraucht sind — wie Metz und Paris. Die Zerstörung der Gebäude durch Bomben veranlaßt weder die Besieger zu dem Versuch, auf den Befehlshaber der Stadt einen Einfluß auszuüben, noch würde sich derselbe einem solchen Einflusse unterwerfen. Roon war ferner unzufrieden mit den Ereignissen von 1866 wie mit den Ereignissen von 1871; weder die Gründung des norddeutschen Bundes noch diejenige des deutschen Reiches gefiel ihm. Es ist klar, daß sein Ehrgeiz sich auf nichts Anderes als auf eine Vergrößerung Preußens richtete. Er sah voraus, daß im deutschen Reiche die conservative Partei niemals dieselbe Rolle spielen werde, die sie zu seiner innigen Genugthuung im preussischen Staate gespielt hatte. Wie es scheint, haben seine Anschauungen denen des Kaisers Wilhelm am nächsten gestanden.

Der Eindruck, den diese wenigen Briefe machen, deckt sich genau mit dem Eindruck, den vor drei Jahren die Veröffentlichung des Tagebuches des Kronprinzen, späteren Kaisers Friedrich hervorrief. Und diese Uebereinstimmung ist um so wichtiger, als die beiden Beobachter mit ihren Anschauungen und Wünschen auf entgegengegesetzten Stufen standen. Kaiser Friedrich ist derjenige gewesen, der genau gewußt hat, wie die erforderten Siege zur besseren Gestaltung der deutschen Staatsformen benutzt werden müßten, und sein idealer Sinn hat den Widerstand der stumpfen Welt befestigt.

Man wird sich endlich bei dem Inhalt dieser Briefe vor Augen halten müssen, daß sie nicht geschrieben wurden, um in später Zukunft als geschichtliche Documente zu paradien, sondern daß es Augenblicksmittheilungen eines Mannes an seine Frau waren.

Eine Berliner officiöse Stimme über den französischen Flottenbesuch in Kronstadt.

Der „Pol. Corresp.“ wird aus Berlin geschrieben: Für die eigentliche Behauptung, der Besuch des französischen Geschwaders in Kronstadt erzeuge in Deutschland und an anderen Stellen eine tiefe Berstimmung, ließe sich nicht einmal ein Schein eines Beweises erbringen. Mit dem Augenblicke, wo der beabsichtigte Besuch in Kronstadt bekannt wurde, konnte kein Zweifel über den pflichtschuldigen warmen Empfang obwalten. Nichts desto weniger verdient das Ereigniß die Aufmerksamkeit der politischen Welt. Sollte die Begegnung zu einem Bündniß führen, so wäre dies ein Ereigniß von bedeutender Tragweite; ein solches Bündniß würde aber nichts weiter constatiren, als daß Rußen und Franzosen gewisse gemeinsame Interessen haben, zu deren Schutze sie sich die Hände reichen. Daß die Russen beabsichtigen sollten, specifisch französische Interessen zu schützen, darf als ausgeschlossen gelten. Ein Bündniß der beiden Mächte zur Vertheidigung ihrer gemeinschaftlichen Interessen hat für Europa nichts Bedenkliches, da in keinem der in Betracht kommenden Länder beabsichtigt wird, derartige Interessen anzugreifen. Derart werden die Aeußerungen der russischen und französischen Blätter, die Verbindung Russlands und Frankreichs bilde eine Garantie des Friedens, zur Wahrheit, da mit Sicherheit anzunehmen ist, daß die Franzosen ohne des russischen Beistandes sicher zu sein, keinen Krieg beginnen werden.

Die Verhandlungen über den schweizerisch-österreichischen Handel.

nehmen in Wien ihren ununterbrochenen Fortgang; in den nächsten Tagen werden entscheidende Beschlüsse erwartet. Wie das „Fremdenblatt“ mittheilt, stehen die Nachrichten über einen bevorstehenden oder in Aussicht genommenen Abbruch der Verhandlungen im Widerspruch mit den Thatsachen und den bisherigen Ergebnissen der Verhandlungen; diese liegen es vielmehr als kaum zweifelhaft erscheinen, daß das Endresultat ein günstiges sein werde.

Die Staatswahlen in Ohio.

haben besondere Bedeutung, weil sie stets ein Jahr vor der Wahl des nordamerikanischen Präsidenten stattfinden und ein sicheres Kennzeichen für die Stärke der amerikanischen Parteien sind. Wenn man nach den Verhandlungen der kürzlich in Cleveland abgehaltenen demokratischen Staatsconvention urtheilen darf, so sind die Demokraten unter sich uneins und ihre Aussichten für den kommenden Kampf deshalb nicht die günstigsten. Die Silberfrage ist der wunde Punkt des demokratischen Wahlprogramms, und ungeachtet aller Proesse einer einflussreichen Minorität gelangte ein Programm zur Annahme, welches sich für unbeschränkte Silberprägung erklärte. Eine große Anzahl demokratischer Zeitungen haben ihrem Unmuth über die Vorgänge in Cleveland unverhohlen Ausdruck verliehen, und einige sind sogar so weit gegangen, den Republikanern den Sieg bei den Wahlen zu wünschen. Da der Candidat der republikanischen Partei für den Gouverneurposten des Staates Ohio niemand anders als Herr Mc Kinley, der Vater der neuen Schutzzölle, ist, so liegt die Bedeutung, welche die Silberfrage für die beiden großen amerikanischen Parteien besitzt, auf der Hand. Fast hat es den Anschein, als ob die Staatswahlen in Ohio den Anfang einer neuen politischen Aera in den Ver. Staaten bilden würden.

Deutschland.

Berlin, 1. August. [Von des Kaisers Reise.] Aus Mo vom 31. Juli wird telegraphirt: „Die Hohenzollern“ verläßt heute Nachmittag 3 Uhr Mo, um morgen, den 1. August, 1 Uhr Mittags, in Trondhjem einzutreffen.“

* [Ueber den bevorstehenden Besuch der Kaiserin Friedrich in Posen] berichtet die „P. Z.“: Die Kaiserin wird am 9. August, Vorm. 10 1/2 Uhr, von Trachenberg aus in Posen eintreffen, beim commandirenden General Abtheilungsquartier nehmen und dann den Festlichkeiten ihres Regiments beiwohnen. Es wird ein Gottesdienst, eine Parade und ein großes Diner stattfinden. In der Nacht vom 9. zum 10. August wird die Kaiserin über Berlin nach Gomburg zurückkehren. Sie wird von der Prinzessin Margarethe und großem Gefolge begleitet sein.

* Der Reichstagsabg. Bickenbach erklärt, daß die Nachricht des „Al. Journ.“, es sei vom Berliner Amtsgericht I. ein Haftbefehl gegen ihn erlassen worden, um ihn zur Ablegung des Offenbarungseides zwangsweise vorzuführen u. s. w., auf Unwahrheit beruhe.

* [Ein ungläublich komisches Censurstückchen] ist in Guben passiert. Hier hat nämlich die Polizei die Aufführung des „Neuen Herrn“ von E. v. Willenbruch verboten! Es gehören keine literarischen Kennnisse, nicht einmal Interesse für literarische Dinge, sondern nur die ganz gewöhnliche Lectüre des Tagesblattes dazu, um zu wissen, daß dieses einen Theil der Geschichte des großen Kurfürsten verherrlichende Drama den ganz besondern Beifall des Kaisers gefunden hat, der an den Proben des Stückes im königl. Schauspielhause thätigen Antheil genommen, zahlreichen Vorstellungen desselben beigewohnt hat.

* Die fclens der Regierung ins Auge gefasste Vermehrung der Loose zur preussischen Klassenlotterie von 190 000 auf 220 000 ist, wie der „A. R. C.“ mitgetheilt wird, auf Schwierigkeiten gestoßen, so daß dieselbe voraussichtlich einstweilen noch nicht statthaben dürfte. Dagegen soll die Regierung entschlossen sein, durch ein schnelleres Tempo in den Ziehungen die Einnahmen aus der Staatslotterie zu vermehren. Während bis jetzt

